



Ute Schäfer

**Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen**

**Gedenkrede anlässlich des 80. Jahrestages der Ermordung
von Felix Fechenbach**

11. August 2013, Gedenkstätte im Kleinenberger Wald

– Es gilt das gesprochene Wort –

"Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht!"

Das sind die berühmt gewordenen Worte des SPD-Vorsitzenden Otto Wels aus seiner Rede vom 23. März 1933. Er begründete damit für seine Fraktion die Ablehnung von Hitlers so genanntem Ermächtigungsgesetz.

Für Felix Fechenbach gilt dieser Satz in besonderer Weise.

Er war bereits am 11. März 1933 in Detmold inhaftiert worden. Das heißt, er wurde ohne jeden richterlichen Beschluss von zu Hilfspolizisten ernannten SA- und SS- Männern in Schutzhaft genommen. Fast auf den Tag genau vor 80 Jahren, am 7. August 1933, wurde er hier an dieser Stelle von den Nazis ermordet. „Auf der Flucht erschossen“, wie es damals hieß.

Felix Fechenbach war Antifaschist, Jude, Sozialdemokrat und entschiedener Kriegsgegner. Er stand mit seiner Person für das, was die Nationalsozialisten mit gnadenloser Härte bekämpft haben. Er hatte sich für die erste Demokratie auf deutschem Boden eingesetzt. Er war eine der Persönlichkeiten, die die Weimarer Republik mit geprägt haben.

Felix Fechenbach wird 1894 als Sohn eines Bäckers in Mergentheim bei Würzburg geboren. Schon während seiner Ausbildung zum Handlungsgehilfen – kaufmännischer Angestellter, wie man heute sagt – setzt er sich für seine Kollegen ein. So kommt er schon früh mit den Freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in Berührung.

1914 zum Kriegsdienst eingezogen, wird er 1915 schwer verwundet. Die Verletzungen sind so stark, dass er nach langem Lazarettaufenthalt für frontuntauglich erklärt wird. Er wird in der Militärverwaltung in München eingesetzt.

In München begegnet er Kurt Eisner. Der Schriftsteller, Pazifist und Verfechter eines freiheitlichen Sozialismus beeindruckt ihn tief.

Als die Monarchie 1918 ins Wanken gerät, bringt ihn die Revolution schon in jungen Jahren an Schaltstellen des Umbruchs. Felix Fechenbach wird in den Münchener Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Der Vorsitzende des Rats, Kurt Eisner, wird kurz darauf zum ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern ernannt. Er nimmt Fechenbach als seinen Sekretär und engsten Mitarbeiter mit in die Staatskanzlei.

Im Februar 1919 wird Kurt Eisner von einem völkisch-nationalen Reserveleutnant auf offener Straße ermordet. Wenige Wochen vorher sind Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht umgebracht worden.

Von nun an gehörten politische Morde zum Alltag der Weimarer Republik. Der politische Mord wird zu einem gebräuchlichen Instrument der Monarchisten und neuen Rechtsradikalen.

Ihnen fielen nicht nur Linke und vermeintliche Verräter aus den eigenen Reihen zum Opfer, sondern auch Finanzminister Matthias Erzberger und Außenminister Walther Rathenau. Zu diesen Verbrechen muss man noch mehr als 350 Ermordete während der ersten dreieinhalb Jahre der Republik hinzu rechnen. Bis 1924 stieg die Zahl auf über 400. Mit imponierender Zivilcourage hat ein Heidelberger Professor die Morde recherchiert, dokumentiert und 1924 als Buch veröffentlicht. Dabei stellte sich heraus, dass 330 Morde völlig ungesühnt geblieben waren – darunter der Mord an Erzberger.

Eisners Mörder wird zunächst zum Tode verurteilt, dann begnadigt, schließlich amnestiert, so dass er lediglich 4 Jahre Haft verbüßte.

Gegen Felix Fechenbach wird 1922 ein Verfahren wegen Landesverrats vor einem bayerischen Volksgericht eröffnet.

1924 muss sich auch Adolf Hitler vor demselben Gericht verantworten. Die Unterschiede der beiden Verfahren sprechen für sich selbst.

Hitler ist wegen des gescheiterten Putschversuchs am 9. November 1923 angeklagt. Beim von Ludendorff und Hitler angeführten so genannten Marsch auf die Feldherrnhalle in München sterben 20 Menschen. Hitler wird zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt und bereits nach neun Monaten wegen guter Führung entlassen. Voraussetzung für die Festungshaft ist, dass man den Verurteilten eine ehrenhafte Gesinnung zubilligt. Entsprechend komfortabel waren die Haftbedingungen: Hitler konnte in der Festung Landsberg seinem Sekretär Rudolf Hess „Mein Kampf“ diktieren.

Felix Fechenbach wird vor Gericht eines Geheimnisverrats aus der Zeit als Sekretär Kurt Eisners beschuldigt. Hauptpunkt der Anklage ist die Weitergabe eines Telegramms des bayerischen Gesandten beim Vatikan, nach dem der Papst einen Angriff Österreichs auf Serbien gutheiße.

Nach Auffassung führender, zeitgenössischer Juristen sind die ihm zur Last gelegten Taten entweder verjährt oder kaum der Strafe würdig.

Felix Fechenbach wird zu 11 Jahren Zuchthaus und zusätzlich zu 10 Jahren Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Verhandlung und Verfahren zählen zu den Justizskandalen der Weimarer Republik.

Die schriftliche Urteilsbegründung unterlag der Geheimhaltung. Fechenbach wurde die Einsichtnahme verweigert.

Das Urteil wurde von der demokratischen Öffentlichkeit heftig kritisiert. Der Fall wurde im Reichstag behandelt. Kurt Tucholsky berichtete mehrmals in der Weltbühne darüber. Thomas Dehler und die Deutsche Liga für Menschenrechte setzten sich für Fechenbach ein. Es kam in mehreren Städten zu Protestkundgebungen. 30.000 Menschen engagierten sich mit ihrer Unterschrift für seine Freilassung.

Auf Grund des öffentlichen Drucks wird Felix Fechenbach begnadigt und im Dezember 1924, nach mehr als zwei Jahren Haft, aus dem Zuchthaus entlassen. 1926 hebt das Reichsgericht das Urteil auf.

1929 wird Felix Fechenbach zum Chefredakteur bei der „Lippischen Volkszeitung“ in Detmold berufen. Schnell wird er in Lippe und Ostwestfalen als profilierter Journalist und glänzender Redner bekannt, der konsequent gegen die Nationalsozialisten und deren Terror auftritt.

Er hat gute Informanten und kann in seinen Kolumnen immer wieder Interna der lokalen Naziorganisation offen legen.

Das macht ihn bei den örtlichen Parteigrößen zum Ärgernis. Es geht aber um noch mehr. Er wird für die lippische NSDAP zum Feindbild schlechthin: Er wird als „Novemberverbrecher“, Landesverräter“, „Schandfleck der Nation“ und „jüdischer Zuchthäusler“ beschimpft. Er wird wegen seiner Herkunft und seiner Vergangenheit angegriffen. Die Diffamierungen steigern sich zu offenen Morddrohungen.

Die Nationalsozialisten in Lippe erkannten, wer Felix Fechenbach war: Er war einer ihrer konsequentesten Gegner. Er hat die Nazis – auch die Monarchisten und Deutschnationalen – mit allen legalen Mittel bekämpft.

Er stand zu seiner Herkunft. Für ihn war es selbstverständlich, dass sich Juden gleichberechtigt an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft beteiligen.

Er wusste, wer für das Elend von Krieg, Niederlage und für die Schwierigkeiten der jungen deutschen Demokratie verantwortlich war und hat sich in diesen Fragen auf keine Kompromisse eingelassen.

Er hat sich für seinen Zuchthausaufenthalt nicht geschämt, sondern sich mit allen rechtstaatlichen Mitteln erfolgreich gegen Unrecht gewehrt.

Solche Menschen machen sich Feinde. Solche Menschen sind besonders auf Recht und Gesetz, auf den Rechtsstaat angewiesen.

Mit dem Ermächtigungsgesetz war das Recht zu einer formalen Hülle geworden, das letztlich beliebig gebrochen oder umgangen werden konnte. Felix Fechenbach war eines der ersten Mordopfer des nationalsozialistischen Regimes. Millionen sollten folgen.

Felix Fechenbach hat für seine Überzeugungen, sein Eintreten für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, gegen Militarismus und Rassismus seine Freiheit und sein Leben verloren. Seine Ehre konnten seine Mörder ihm nicht nehmen.

Das Schicksal Felix Fechenbachs mahnt uns: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. Sie müssen gelebt werden. Das Beispiel der Weimarer Republik und des Engagements von Felix Fechenbach zeigen, dass Demokratie abhängig ist von denen, die für sie eintreten.

Krasses Unrecht ist auch in der Demokratie möglich. Aber ein entscheidendes Kennzeichen von Demokratie ist, dass es viele Möglichkeiten gibt, Fehlentwicklungen aufzuhalten oder umzukehren, ohne dass Menschen um ihr Leben und ihre Unversehrtheit fürchten müssen. Dazu bedarf es engagierter Bürgerinnen und Bürger und Entscheidungsträger in Staat, Wirtschaft und Verbänden, die mit den ihnen anvertrauten Ämtern verantwortlich umgehen.

Wir sind dem Andenken Felix Fechenbachs verpflichtet. Vieles von dem, was ihm wichtig war – und auch uns wichtig ist –, haben wir über viele Jahre demokratischer Auseinandersetzung in diesem Land erreicht:

Die Zustimmung zu Menschenrechten und Demokratie ist sehr groß.

Entscheidungsträger in Verwaltung, Justiz und Polizei sehen sich unserer Verfassung verpflichtet.

Anhänger rechtsextremer Organisationen sind nur ein geringer Teil der Bevölkerung.

Bei Aufmärschen von Neonazis haben die Gegendemonstrationen meist ein Mehrfaches an Teilnehmern, wie erst kürzlich wieder in Bad Nenndorf zu sehen war.

Doch auch heute gibt es politische Morde. Wir haben noch immer ein Problem mit rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt. In den letzten 20 Jahren sind bei rechtsextremen oder rassistischen Übergriffen nach sehr vorsichtigen Schätzungen mindestens hundert Menschen zu Tode gekommen.

Wahrscheinlich sind es deutlich mehr.

Die Aufdeckung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds macht eine Dunkelzifferproblematik überdeutlich.

Wir fragen uns alle, wie es möglich war, dass Neonazis unentdeckt über viele Jahre mordend durch das Land ziehen konnten. Erst mit dem Selbstmord der Haupttäter wurde der rechtsextremistische Hintergrund der Taten entdeckt. Die Hintergründe dieses Versagens müssen weiter aufgeklärt werden.

Zugleich sind wir alle, Staat und Zivilgesellschaft, aufgefordert, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Rechtsextreme Gewalt muss ein Ende haben. Es darf keine weiteren Morde geben!

Wir müssen uns dabei immer wieder bewusst machen: Rechtsextremes Denken ist kein Randphänomen, wie die Friedrich-Ebert-Stiftung seit vielen Jahren in ihren sogenannten „Mitte-Studien“ nachweist. Diese Studien zeigen, dass es auch in der Mitte der Gesellschaft ein latentes Potential an rechtsextremen Einstellungen gibt.

Aussagen, die man eher im Bereich der extremen Rechten vermuten würde, wird hier oftmals unreflektiert zugestimmt. Rassistische Einstellungen sind nach den Autoren der Studien auch im Westen der Republik mehr als vermutet vorhanden. Dieser sogenannte „Sockel rechtsextremer Einstellungen“ macht deutlich, wie wichtig die Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Ressentiments in der gesamten Gesellschaft ist.

Ich will in diesem Zusammenhang auch die Studien von Wilhelm Heitmeyer zur sogenannten „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ nennen.

Er weist darauf hin, dass die zunehmende Ökonomisierung unserer Gesellschaft dazu führt, dass Menschen, die nicht so gut mithalten können, entwertet und ausgegrenzt werden. Er zeigt auf, dass die soziale Spaltung in der Gesellschaft insgesamt zu sozialer Desintegration und zur Ausgrenzung von Gruppen führt, die als „anders“ oder „schwach“ wahrgenommen werden. Hier müssen wir gegensteuern.

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus sieht die Landesregierung eine ihrer besonderen Aufgaben.

Kinder und Jugendliche zur demokratischen Teilhabe, Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln und Toleranz gegenüber verschiedenen Weltanschauungen, Kulturen und Lebensformen zu befähigen ist das übergreifende Ziel der Kinder- und Jugendarbeit. Das wollen wir im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport weiter stärken.

Doch alle Ressorts sind aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten, nicht zuletzt im präventiven Bereich. Aus diesem Grund arbeiten wir derzeit gezielt an einem integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für Nordrhein-Westfalen.

Wir wollen die Vielzahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zivilgesellschaftlicher Initiativen und Einrichtungen in diesen Prozess mit einbinden. Denn auf dieser Ebene findet die tägliche Arbeit gegen Rechtsextremismus statt.

Selbstverständlich bedarf es auch der staatlichen Intervention. Allen Gesetzesverstößen und strafrechtlich relevanten Handlungen muss konsequent entgegen getreten werden. Der nordrhein-westfälische Innenminister hat dazu ein 8-Punkte-Programm entwickelt.

Das Andenken an Felix Fechenbach ist uns Verpflichtung. Die Erinnerung an ihn mahnt uns – und gerade auch die junge Generation, so hoffe ich –, konsequent rechtsextremistische Positionen zu bekämpfen und wachsam die Demokratie zu verteidigen.